

**Niederschrift**

11. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Juli 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 3 der Tagesordnung: Lern- und Freizeitangebote für benachteiligte Schüler*innen in den Ferien**Antrag: GRÜNE****Vorlage: 2020/0648****dazu:****Ergänzungsantrag: DIE LINKE.****Vorlage: 2020/0819****Beschluss:**

Kenntnisnahme von der Stellungnahme; Behandlung im Schulbeirat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir haben diesen Antrag schon vor drei Monaten gestellt, mit Blick darauf, dass bereits in diesen Sommerferien entsprechende Angebote zum Lernen eingerichtet werden, die dann vielleicht schon verzahnt werden können mit Freizeitangeboten. Es hat sich gezeigt in der Zeit, in der die Schulen geschlossen waren, dass gerade die Schülerinnen und Schüler, die ohnehin benachteiligt sind in unserem Bildungswesen, jetzt noch einmal ganz besonders unter dieser Schließzeit litten. Rund 20 % dieser Schülerinnen und Schüler wurden mit den digitalen Lernangeboten entweder nicht erreicht oder sie hatten keine entsprechenden Geräte zuhause, oder sie konnten mit den entsprechenden Materialien aufgrund ihrer spezifischen familiären Situation nichts anfangen. Von daher besteht das Problem, dass gerade beim Neustart der Schulen sich ein gewisses Defizit bei diesen aufgebaut hatte.

Die ersten drei Punkte unseres Antrags haben sich auf diese Sommerferien bezogen. Da hatten wir die Antwort bekommen, dass die Stadtverwaltung prüft, ob sie diese Antragspunkte umsetzen kann. Das wissen wir nicht, weil jetzt keine Informationen dazu vorliegen. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn Herr Bürgermeister Lenz etwas dazu sagen könnte, wie der aktuelle Stand ist, speziell auch zu den durchgeführten Lernbrücken. Denn es wurden in letzter Sekunde diese Lernbrücken eingerichtet auf freiwilliger Basis, so dass nicht sicher ist, ob diese Lernbrücken dann tatsächlich die Kinder erreichen, die es am Nötigsten haben.

Unser Antrag bezieht sich aber auch auf die Zukunft, dass wir uns künftig nicht mehr leisten können, dass die sozial benachteiligten Kinder sechs Wochen Sommerferien haben, in denen sie in der Regel keine Freizeitangebote in Anspruch nehmen, aber auch keine zusätzlichen Hilfen bekommen. Da würde sich das Angebot der Sommerschulen sehr gut anbieten. Dieses Modell gibt es schon in Baden-Württemberg. Allerdings gibt es keines im Grundschulbereich. Es gibt bisher eines für die beruflichen Schulen. Von daher ist unser Ziel, dass die Stadtverwaltung sich bemüht, ab Herbst und im nächsten Jahr solche Angebote vermehrt speziell für die benachteiligten Kinder und Jugendlichen einzurichten. Die sollten dann allerdings verzahnt sein mit interessanten, spannenden und attraktiven Freizeitangeboten, weil sie nur dann auch eine Motivation haben. Solche Modelle gibt es bereits, hat es auch in anderen Ländern schon gegeben. Sie zeigen, dass es eine wirkliche Hilfe für die benachteiligten Kinder sein kann. Deshalb bitten wir darum, dass uns auf jeden Fall in der Zukunft die Modelle im Schulbeirat vorgestellt werden. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Stadträtin Maier-Augenstein (CDU): Es ist ein guter und berechtigter Antrag, zum Zeitpunkt der Antragstellung. Eigentlich hat er sich heute überholt, weil wir ihn jetzt dreimal nicht behandeln konnten. Etwas schade finde ich, dass die Verwaltung in der Zwischenzeit nicht noch einmal ihre Antwort überarbeitet hat, weil zum Zeitpunkt der Antragstellung vieles noch nicht bekannt war. Mittlerweile kennen wir die Angebote zu den Lernbrücken, die stattfinden, die durchgeführt werden. Wir wissen, an welchen Schulen sie durchgeführt werden, auch mit welchen Lehrkräften und dergleichen. Das hätte man noch ergänzen können, oder Herr Bürgermeister Lenz berichtet uns kurz, wie der Sachstand ist. Zusätzlich gibt es dieses Jahr wieder die Sommerschulen, die es schon seit vielen Jahren in Baden-Württemberg gibt. Dieses Jahr gibt es sogar noch ein größeres Angebot, weil erkannt wurde, dass es doch durch die letzten Monate Defizite gibt, vor allem bei den benachteiligten Schülerinnen und Schülern.

Wir möchten auch ganz herzlich dem Stadtjugendausschuss danken, der bedingt durch die Corona-Regelungen sein komplettes Ferienprogramm umstellen musste und jetzt ein zusätzliches Angebot in den Stadtteilen schafft in den Sommerferien. Wir alle haben die Grundlagen geschaffen, dass vor allem die Kinder, um die es hier geht, aus benachteiligten Familien über den Karlsruher Kinderpass und auch über das Bundesteilhabepaket einen leichten Zugang haben zu diesen Ferienbetreuungsangeboten. Wir sind guter Dinge, dass die Kinder angesprochen werden. Insofern, aus unserer Sicht ein guter Antrag. Mittlerweile hat es sich überholt, aber wir müssen dranbleiben. Ich bin der Kollegin dankbar, dass wir dann vielleicht im nächsten Schulbeirat noch einmal einen Bericht bekommen.

Stadträtin Moser (SPD): Ich hätte auch ganz gerne einen aktuellen Bericht. Denn das, was ich jetzt sagen möchte, bezieht sich auf meine Unkenntnis. Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag voll und ganz. Wir stehen dahinter, dass die Schülerinnen und Schüler Lern- und Freizeitangebote in den Sommerferien erhalten. Das ist das Wichtige dabei, dass das gut verknüpft wird.

Sonst kommt es bei den Kindern und Jugendlichen bestimmt nicht an. Die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf müssen unterstützt werden. Das hat auch das Land erkannt. Was das Land meiner Meinung nach nicht erkannt hat, ist, dass die Zeit drängt. Morgen fangen die Sommerferien an. Ich weiß von keinem Programm. So, wie ich Frau Rastätter eben verstanden habe, gibt es die Sommerschulen nicht in Karlsruhe. Müssen die Kinder dann irgendwohin in Baden-Württemberg? Ich weiß es nicht. So, wie Sie es gerade angedeutet haben, Frau Meier-Augenstein.

Dass dieses Angebot unter freiwilliger Mitwirkung von Lehrern und Lehramtsanwärtern usw. fußt, ist aus meiner Sicht nicht zielführend. Die aufgewendete Zeit muss mindestens auf Honorarbasis entschädigt werden, so dass sich auch genügend befähigte Menschen finden, den Kindern und Jugendlichen ein attraktives Angebot aus Lerninhalten und Freizeitvergnügen zu machen. Außerdem sollten Mitarbeitende der Volkshochschule und von freien Bildungsträgern eingebunden werden, die auf Honorarbasis in den Ferien Lernangebote durchführen, da deren Verdienstmöglichkeiten in den vergangenen Monaten sehr gelitten haben.

Es ist außerordentlich wichtig, dass wir nicht nur in den Sommerferien Lern- und Freizeitangebote anbieten, sondern für die Zukunft ein Konzept entwickelt werden muss, das benachteiligte Jugendliche und Kinder unterstützt. Dies darf nicht auf den letzten Drücker kommen. Ich drücke es einmal so platt aus. So hat es sich mir dargestellt. Letzte Woche war der Antrag auf der Tagesordnung, und die Verwaltung wusste noch nichts Näheres. Aber jetzt habe ich gehört, dass der Antrag und die Beantwortung schon drei Monate zurückliegen. Dann nehme ich alles zurück.

Stadtrat Jooß (FDP): Die Kollegin Rastätter hat schon lange in dem Brett gebohrt, schon sechs, acht Wochen oder noch länger, auch im Fernsehen. Wir begrüßen das natürlich sehr. Dass noch kein fertiges Konzept vorliegt, bedauern wir sehr. Der Stadtjugendausschuss, das wissen wir, kann das nicht leisten. Gefordert sind die Lehrer und Lehrerinnen. Ob sie das zusätzlich machen, gegen ein fürstliches Entgelt oder nicht, das sei dahingestellt. Wir haben Bedenken, ob das umzusetzen ist. In der kurzen Zeit wahrscheinlich schon gar nicht. Ich weiß, dass unsere Handwerkskammer ein Sommercamp einrichtet zur Vorbereitung auf die Schule, zur Berufsfindung. Da gibt es schon ein Beispiel.

Zum zweiten Punkt, dem Zusatzantrag von DIE LINKE.: Ich bin froh, dass die Berufsschulen erwähnt sind. Das können Sie sich vorstellen. Aber ich habe erst gestern mit der Gewerbeschule Durlach telefoniert. Die haben keinerlei Probleme. Die haben die Abschlüsse und Prüfungen fertigmachen können. Ich glaube, es geht mehr um die Jugendlichen und die jungen Kinder, die jetzt durch die Schulschließungen hart betroffen sind, wo die Eltern Home-Schooling machen müssen. Die können das zum Teil gut machen, zum Teil nicht. Deswegen ist die Stadt jetzt gefordert, beziehungsweise das Land, mit diesen Sommerschulen. Das ist der richtige Weg. Warten wir ab, ob es funktioniert. Wir unterstützen das auf jeden Fall.

Stadträtin Fenrich (AfD): Auf den ersten Blick wirkt der Antrag recht gut. Aber bei einigem Nachdenken glauben wir, dass diesem Antrag kein Erfolg beschieden werden kann. Was natürlich fehlt und was jetzt jeder hier angesprochen hat, ist, dass ein aktueller Bericht fehlt. Bildungsarbeit ist in erster Linie Sache des Landes. Ich habe keine weitergehende Information. Vielleicht im Gegensatz zu dem einen oder anderen hier. Das Land hat sich aus unserer Sicht relativ zurückgehalten. Wir hätten erwartet, dass das Land ein Angebot macht, zum Beispiel

eine Verkürzung der großen Schulferien, und dann verpflichtend, nicht freiwillig, Lernangebote zu machen. Denn es betrifft nicht nur benachteiligte Schüler, diese natürlich insbesondere, sondern die gesamte Schülerschaft. Wir wollen als Gesellschaft nicht, dass durch Corona ein ganzer Jahrgang ausfällt oder zum Teil ausfällt. Für uns wäre es wichtig, dass die Bildungsangebote verpflichtend sind und nicht freiwillig. Fraglich ist dann auch, wenn sie freiwillig sind, ob die Eltern, deren Kinder diese Angebote brauchen, ihre Kinder überhaupt dahin schicken würden. Es könnte auch sein, dass die Familien, für die das Angebot gemacht ist, dies als diskriminierend betrachten. Wir hielten es für richtig, der Städtetag würde sich beim Land bemühen, die durch Corona bedingten Unterrichtsausfälle möglichst schnell und, wie gesagt, verpflichtend zu kompensieren.

Die Freizeitangebote sind selbstverständlich eine ganz andere Sache, obwohl morgen die Schulferien losgehen. Aber es gibt die Herbstferien, die Weihnachtsferien. Da lässt sich sicherlich das eine oder andere von der Kommune bewerkstelligen. Allerdings warne ich davor, diese mit halbherzigen Bildungsangeboten zu vermischen, die dann auch nicht von entsprechend ausgebildeten Lehrkräften erbracht würden. Wir sind der Meinung, dass das ausgebildete Lehrkräfte sein müssten, die diesen Stoff versuchen nachzuholen und diesen Stoff versuchen diesen Kindern zu vermitteln.

Zusätzliche personelle Ressourcen kann die Stadt aus unserer Sicht angesichts deren Finanzmittel derzeit nicht stemmen. Letztlich verschließt sich meine Fraktion nicht, wenn es um realisierbare, verpflichtende Zusatzangebote für Schüler geht. Einem solchen Antrag könnten wir dann auch zustimmen, diesem Antrag, ebenso wie dem der LINKE. leider nicht.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich kann mich in vielen Teilen der Kollegin Rastätter und der Kollegin Moser anschließen. Ich möchte noch gerne auf zwei, drei Dinge aufmerksam machen.

Auch ich hätte mir gewünscht, wir hätten eine überarbeitete Stellungnahme erhalten, weil insbesondere in unserem Antrag tatsächlich die Frage auf Nachhilfeangebote für Berufsschulen oder auch Schulen freier Träger stand. Auch die Frage der Honorarkräfte, die miteinbezogen werden sollten, weil ich jetzt nicht mehr ausdrücklich auf die prekäre Situation dieser meist ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer aufmerksam machen möchte, die bei freien Trägern oder auch bei der VHS Unterricht machen, insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Deshalb haben die auch eine spezielle Erfahrung, die sehr gut passen würde in dieses Angebot, dieser Förderunterricht in den Sommerferien.

Herr Jooß, Sie haben Recht. Die Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die jetzt ihren Abschluss gemacht haben, sind aus dem Schneider. Da habe ich auch von keinen Problemen erfahren. Aber von den Jugendlichen, die jetzt im zweiten Ausbildungsjahr sind, nächstes Jahr eigentlich ihren Abschluss machen sollten, sind in diesen Monaten, wo es freigestellt war, in die Berufsschule zu gehen, ganz viele weggeblieben. Da habe ich im Kontakt mit den Arbeitsförderungsbetrieben die Auskunft erhalten, dass auch die Schulsozialarbeit in diesem Fall an viele dieser Jugendlichen nicht mehr herangekommen ist. Gerade in dem Bereich wäre es wichtig. Da fände ich es gut, wenn man tatsächlich ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer nicht für einen Applaus oder Ähnliches, sondern tatsächlich entsprechend qualifiziert einsetzen würde. Ich glaube, wir haben hier Nachholbedarfe, wenn wir wollen, dass uns einige Jugendliche nicht in eine Freizeit entgleiten, weil Corona jetzt mehr oder weniger Schule als überflüssig erklärt hat. Das ist für viele dieser Kinder und Jugendliche die Essenz daraus. Deshalb wäre es mir wichtig, wenn man

tatsächlich dann einmal mit den freien Trägern, mit Volkshochschule, IB oder anderen darüber würde, wie weit man diese Honorarkräfte einsetzen kann, die jetzt über Monate keine Honorare erhalten haben.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich wollte jetzt gar nicht dazu reden. Aber Frau Binder hat mich erinnert, dass ich vor einiger Zeit mehrere Gespräche geführt habe. Übrigens zu den Anträgen: Die Antwort der Verwaltung und was da geäußert wird, ist okay. Aber die Frage, die immer wieder kam, ist die Notwendigkeit, gerade in den Berufsschulklassen oder in diesen weiterentwickelten Klassen. Frau Binder, ich glaube, das ist auch eine Landessache. Warum konnte man es nicht erzwingen? Wir haben gehört, man hat sich von Seiten der Gewerkschaft Schule, Erziehung und Wissenschaft mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Nur die Frage ist, haben wir einen Einfluss – dieses Jahr ist es vorbei – oder die Möglichkeit, zwingend das Land an der Sache zu beteiligen?

Bürgermeister Lenz: Es ist kaum zu glauben. Es war erst vor einer Woche, als wir hier eine Art Jugendhilfeausschuss über drei Stunden gemeinsam organisiert hatten. Sie erinnern sich an die intensiven Debatten. Vor einer Woche habe ich gesagt, Ihren Dank überbringe ich der Trägerkonferenz aller Karlsruher Träger der Kitas. Das habe ich gestern gemacht. Das als Einführung.

Jetzt verlassen wir den Kitabereich. Jetzt gehen wir in die Schulen. Warum sage ich das so ausführlich? Ich hoffe, Sie haben Verständnis, dass in einer Sondersituation und einer besonderen Belastung meiner Mitarbeitenden im Dezernat keine Fortschreibungen erwartet werden können von Stellungnahmen für Gemeinderatsvorlagen. Es ist schon genug, deswegen finde ich es auch toll, dass mein Sprechzettel jedes Mal fortgeschrieben wurde. Deswegen kann ich Ihnen jetzt alle Fragen beantworten. Lieber Herr Frisch, dir und deinem Team herzlichen Dank. Die sind immer noch in einer Sondersituation, in einer, die unsere Bildungsstadt auch auszeichnet, gerade mit Ihrer Begleitung, dass wir das Land nicht einfach machen lassen, sondern das Staatliche Schulamt begleiten, auch mit Ihren Anträgen und Ihren Anliegen, nicht kritisch, sondern einfach konstruktiv. An der Stelle war ich auch überrascht, dass ich heute rede. Deswegen war mit das vorweg schon einmal wichtig.

Ich darf Ihnen kurz sagen, das Lernbrückenprogramm findet statt für die Primarstufe an 18 Schulstandorten für 209 Grundschülerinnen und Grundschüler, für die Sekundarstufe 1 an vier Schulen für 66 Schülerinnen und Schüler, an vier Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren für 48 Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe und 28 in der Sekundarstufe 1, an fünf Realschulen für 136 Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe 1. Insgesamt sind 487 Schülerinnen und Schüler der Primarstufen und der Sekundarstufen 1 der verschiedenen Schularten für das Lernbrückenprogramm angemeldet. Kurzer Einschub: Sie sehen, der Einfluss, die Kooperation, die Vernetzung über alle Ebenen hinweg – jetzt genau Ihr Anliegen, auch über die Ferien, über Pandemiezeiten kein Kind, keinen Jugendlichen zu verlieren -, wird in ganz kleinen Räumen umgesetzt. Insofern finde ich es wichtiger, dass ein Antrag in Erfüllung geht, als dass er fortgeschrieben wird und weniger in Erfüllung geht. An sieben der elf Gymnasien und sechs der zwölf beruflichen Schulen findet das Lernbrückenprogramm ebenfalls statt. Allerdings konnten wir in der Kürze der Zeit Ihnen die konkreten Teilnehmerzahlen für heute nicht präsentieren.

Jetzt kürze ich den ganzen Zettel ab, den können wir Ihnen schicken, wenn Sie möchten. Nur so viel, ich war heute Morgen in einer Dienstbesprechung mit dem Stadtjugendausschuss, 2.500

Plätze wirklich aus dem Stand. Genau das bestätigt, was Sie vermuten und was wir auch alle richtig machen. Wir müssen auf die schauen, die es wirklich brauchen, diese „Nachhilfe“ – so hieß es zu meiner Zeit. Es sind über die Hälfte der Plätze gebucht. Unser Stadtjugendausschuss, flexibel wie immer, macht einen ganz tollen Job mit Relax. Das ist nicht nur ein freizeitpädagogisches Bespaßungsprogramm. Es ist ähnlich wie bei Kitas. Es ist ein Bildungsangebot der Bildungseinrichtungen. Insofern würde ich es an der Stelle so bewenden lassen.

Nur eines: Wir verstehen uns auch als Bildungsregion. Ich glaube, seit etwa zehn Jahren machen wir das alle ganz richtig und gut, dass wir unseren städtischen Anteil in der Bildungspolitik immer mehr vergrößern und ausweiten. Aber dazu braucht es auch die Unterstützung von Ihnen und letztendlich auch das Geld. Das haben wir aber auch bekommen in der Vergangenheit. Ich hoffe, ich konnte etwas Licht in das Dunkel bringen. Ich würde fast sagen, wir sind auf einem guten Weg.

Ein ganz Letztes, dass Sie auch einmal sehen, wie tatsächlich dieser Fokus immer auch differenziert gelegt wird. Wenn der Geschäftsführer unseres Jobcenters beunruhigt ist, dass jetzt 400 Jugendliche in Hartz IV sind und vor der Pandemie war es die Hälfte, und jetzt Übergang Schule und Beruf thematisiert mit allen Bildungsverantwortlichen, dann sehen Sie, dass unter der Decke der Sichtbarkeit des Gemeinderates wirklich permanent in meinem Team die Ärmel hochgekrempt werden.

Der Vorsitzende: Mir ist noch einmal ganz wichtig darauf hinzuweisen, dass wir eine große gemeinsame Verantwortung spüren, in den Ferien Freizeit- und Betreuungsangebote, pädagogisch hochwertig und damit natürlich auch mit einer entsprechenden Förderung und auch einem bestimmten Bildungsanteil, den Eltern anzubieten. Ich tue mich etwas schwer, Frau Rastätter mit der Diktion Ihres Antrags, zum Beispiel die Ziffer 3. Wir holen uns die Rückmeldung der Schulen über eventuell entstehende Förderbedarfe ein, die nicht durch schulinterne Maßnahmen oder Maßnahmen des Landes abgedeckt sind. Wir sollten schon noch einmal gemeinsam festhalten, dass es Aufgabe des Landes wäre, das Bildungssystem so zu organisieren, dass es keine Förderbedarfe mehr in den Sommerferien gibt, die man abdecken muss. Wenn dem so nicht ist, dann wäre es wiederum Aufgabe des Landes, über Sommerschulen oder sonst etwas, diese Förderangebote in den Sommerferien anzubieten. Dass wir im Einzelfall auch einmal mithelfen oder natürlich auch pädagogisch sinnvolle Freizeitangebote anbieten, die auch einen Bildungsförderbedarf miterfüllen, ist okay. Nur mir ist noch einmal öffentlich wichtig, wir fühlen uns nicht als die Stelle, wo das Land dann die Förderbedarfe anmeldet, und wir müssen dann schauen, wie wir damit zurechtkommen, sondern es muss umgekehrt sein. Das Land muss eine Grundlage bilden. Dann können wir für einzelne Kinder und Familien noch etwas draufsateln. Wir müssen weiter dafür kämpfen, dass die Struktur weiter ausgebaut wird. Die ist bisher nicht ausreichend geklärt.

Ähnlich verhält es sich dann auch damit, die entsprechenden Pädagoginnen und Pädagogen mithinzuzuziehen und alles weitere. Ich bin immer wieder begeistert, wie der Stadtjugendausschuss bei so viel Ehrenamtlichkeit es hinbekommt, so hochwertige pädagogische Angebote in den Sommerferien bereitzustellen. So wollen wir das auch gerne weiter machen und alle Ihre Vorschläge aufnehmen. Aber nicht als selbstverständliche Verpflichtung unsererseits, sondern als teilweise additives Element zu der Erfüllung des Bildungsauftrags, wie er durch das Land sichergestellt werden müsste. Das wäre mir noch wichtig.

Wir nehmen das jetzt so auf. Herr Lenz würde die ganzen Zahlen noch einmal verschicken. Dann haben Sie noch einmal den aktuellen Sachstand. Bezogen auf das nächste Schuljahr, Frau Stadträtin, möchte ich diese Bedenken meinerseits hier anmelden. Förderangebote des Landes sollen dabei integriert werden. Ich hätte gerne Förderangebote des Landes für alle förderbedürftigen Schüler. In die können wir gerne noch ein paar Angebote der Stadt integrieren. Aber die Vorleistung muss vom Land kommen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich möchte nur ergänzen, darauf habe ich vorher schon hingewiesen, dass es das Angebot der Sommerschulen gibt. Im Übrigen habe ich Anfang des Jahrhunderts im Landtag die Einrichtung der Sommerschulen beantragt. Mit einiger Verzögerung wurde es dann umgesetzt. Das nur nebenbei erwähnt. Deshalb finde ich das Modell auch wirklich sehr gut, weil es genau das macht, nämlich Lernangebote pädagogisch verknüpft mit interessanten und attraktiven Freizeitangeboten. Hier kann die Stadt, das Schulverwaltungsamt, sich einsetzen, dass die Schulen und Bildungsträger diese Sache mehr in Anspruch nehmen. Es gibt die Möglichkeit, an Grundschulen diese Sommerschulen einzurichten. Da ist in der Tat die Voraussetzung, dass es Schülerinnen und Schüler sind, die von den Schulen gemeldet werden, weil sie einen höheren Bedarf haben, auch in der Sekundarstufe bis Klasse 7. Deshalb wäre im Schulbeirat noch zu besprechen, wie kann die Stadt die Schulen unterstützen, solche Anträge zu stellen, damit wir im nächsten Jahr dann von diesen Angeboten mehr Gebrauch machen können. Darum geht es jetzt, wenn wir das im Schulbeirat haben wollen.

Der Vorsitzende: Dann würde ich das noch einmal in den Schulbeirat verweisen. Sie können diese zweite Thematik dort noch einmal ausführlich diskutieren.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
21. August 2020